

Arbeitskreis G5

c/o AGOT-NRW e.V. · Unter den Eichen 62a · 40625 Düsseldorf

Geschäftsführung:
Arbeitsgemeinschaft
Offene Türen NRW e.V.
Unter den Eichen 62a
40625 Düsseldorf

Telefon: 0151-46 36 46 36
email: info@agot-nrw.de
www.agot-nrw.de

Bankverbindung:
KD Bank
BLZ 350 601 90
Kto 1 014 419 019

Düsseldorf,

Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl 2014

Die landeszentralen Träger der Jugend- und Jugendsozialarbeit (Arbeitskreis G5) wenden sich mit dieser Handreichung an alle Träger und Akteure, die im Rahmen der Kommunalwahl 2014 die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien und Wählergemeinschaften vor Ort zu kinder- und jugendpolitischen Themen befragen möchten. Sie finden im Folgenden kurze Statements und beispielhafte Fragestellungen zu zentralen Themenfeldern der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit, zu denen KommunalpolitikerInnen – unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten – Stellung beziehen sollten.

Einmischende Jugendpolitik

Junge Menschen sind von den politischen Entscheidungen und Entwicklungen in den Gemeinden (besonders langfristig) betroffen. Zu nennen ist hier zum Beispiel die Stadtentwicklungsplanung, Fragen der Infrastruktur und des Wohnens. Politik ist zukunftsfähig, wenn sie sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientiert.

- Wie möchten Sie die Bedürfnisse aller jungen Menschen in Zukunft bei politischen Entscheidungen berücksichtigen?
- Wie tragen Sie dafür Sorge, dass der Jugendhilfeausschuss über alle jugendrelevanten Themen berät?
- Wie tragen Sie dafür Sorge, dass VertreterInnen junger Menschen im Jugendhilfeausschuss stimmberechtigt sind?
- Wie sorgen Sie dafür, dass die von jungen Menschen in Beteiligungsprozessen erarbeiteten Forderungen und Stellungnahmen wirksam werden?



Arbeitsgemeinschaft
Offene Türen NRW e.V.



LAG JUGENDSOZIALARBEIT
Nordrhein-Westfalen



Landesvereinigung Kulturelle
Jugendarbeit NRW e.V.

Freiräume für junge Menschen

Junge Menschen haben durch den anwachsenden Leistungsdruck immer weniger Zeit, über die sie selbstbestimmt verfügen können. Darüber hinaus fehlt es oft an Räumen, die sie selbst gestalten und nutzen können. Sowohl Zeit als auch Räume, an denen Jugendliche sich akzeptiert fühlen, sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen.

- Wie möchten Sie den öffentlichen Raum so gestalten, dass junge Menschen sich gerne in ihm aufhalten?
- Was tun Sie dafür, dass jungen Menschen eigene Räume zur Selbstorganisation und Gestaltung zur Verfügung stehen?
- Was tun Sie dafür, dass junge Menschen in ihrem Engagement in der Freizeit bestärkt und unterstützt werden?

Jugendförderung

Die Ausgaben der Kommunen für Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen sind seit Beginn der Legislaturperiode insgesamt rückläufig oder stagnierend. Insbesondere in finanzschwachen Kommunen werden daher Angebote und Strukturen für Kinder und Jugendliche abgebaut. Betroffen davon sind vor allem Jungen und Mädchen aus Familien, die über geringe finanzielle Mittel verfügen.

- Wie will Ihre Partei diese Entwicklung stoppen?
- Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Angebote und Strukturen für Heranwachsende zu erhalten/auszubauen?
- Was tut Ihre Partei für die selbstbestimmte Freizeitgestaltung junger Menschen?

Jugendhilfeplanung

Jugendhilfeplanung ist die inhaltliche und finanzielle Planungs- und Entscheidungsgrundlage zur Steuerung der örtlichen Jugendhilfe, auf deren Grundlage der örtliche Kinder- und Jugendförderplan für eine Wahlperiode festgeschrieben wird. Die beabsichtigte Planungs- und Finanzierungssicherheit der Träger vor Ort wird damit aber nur zum Teil verwirklicht, da Politik im Rahmen kurzfristiger Sparmaßnahmen auch hier den Rotstift ansetzt.

- Wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode die Mittel des örtlichen Kinder- und Jugendförderplans senken, erhalten oder erhöhen?
- Können Sie sich vorstellen den örtlichen Etat für Jugendarbeit – wie im Kinder- und Jugendbericht gefordert – in Höhe von 15 Prozent der Gesamtausgaben für Kinder- und Jugendhilfe festzuschreiben?
- Wie schätzen Sie den Wegfall der Schulsozialarbeit für die davon betroffenen Kinder und Jugendlichen ein?

Kommunale Bildungslandschaften

Bildung in außerschulischen Zusammenhängen kommt immer mehr Bedeutung zu. Dabei wird auch deutlich, dass Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Die Vernetzung aller Bildungsträger vor Ort – von Jugendzentren, Sport- und Jugendverbänden, Jugendkunst- und Musikschulen, Initiativen, Kultureinrichtungen, Jugendberufshilfen bis Schulen – ist notwendig, um formale und non-formale Lernprozesse miteinander zu verzahnen. Oftmals werden allerdings Akteure der non-formalen Bildungsarbeit nicht gleichberechtigt an der Zusammenarbeit beteiligt. Formalisierte Bildungsbezüge und Schule / Studium beanspruchen zunehmend mehr Raum, wodurch das ehrenamtliche Engagement junger Menschen eingeschränkt und gefährdet wird.

- Welchen Stellenwert misst Ihre Partei außerschulischen Bildungs- und Lernorten bei?
- Werden auf den hiesigen Bildungskonferenzen wirklich alle Bildungsträger mit eingebunden?
- Wie wollen Sie Träger non-formaler Bildungsangebote stärker in kommunale Bildungslandschaften einbinden?

Übergang Schule-Beruf

Sämtliche Kommunen und kreisfreien Städte in NRW haben ihre Bereitschaft erklärt, den Übergang von der Schule in den Beruf neu zu strukturieren. Die Neuausrichtung des Übergangssystems sowie die Abstimmung zwischen den verschiedenen Maßnahmen und Angeboten für junge Menschen im Übergang Schule-Beruf wird durch die Kommune koordiniert.

- Werden die Angebote und Träger der Jugendhilfe im Übergang Schule-Beruf in angemessener Form an der Neuausrichtung des Übergangssystems auf kommunaler Ebene beteiligt?
- In welcher Weise stellen Sie eine individuelle Förderung sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung sicher?
- Welche Anstrengungen unternehmen Sie, um Betriebe in Ihrer Kommune für ein Engagement im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“, z. B. für Betriebserkundungen und betriebliche Praktika, zu gewinnen?

Gender

Mädchen- und Jungenarbeit sind vielerorts selbstverständlich geworden. Trotzdem sind die Fachkräfte häufig auf Projektförderung angewiesen, wenn sie geschlechtsspezifische Arbeit machen wollen. Ebenso wird die Mädchenarbeit durch die Bildungserfolge der Mädchen nicht selten als überflüssig angesehen und gegen die (notwendige) Jungenarbeit ausgespielt.

- Welche geschlechtsspezifischen Angebote gibt es in Ihrer Kommune und wie sind sie finanziell abgesichert?

Inklusion

Inklusives Miteinander scheint für die meisten MitbürgerInnen ein anstrengenswertes Ziel, ist jedoch noch längst keine Normalität! Inklusion stellt in der Kinder- und Jugendhilfe zwar keine Neuheit dar und ist mancherorts fester Bestandteil der praktischen Arbeit. Bezüglich einer flächendeckenden Bedarfsdeckung besteht allerdings noch großer Entwicklungsbedarf. Zurzeit dreht sich die öffentliche Diskussion vornehmlich um schulische Inklusion.

- Welche Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie erwachsene MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe mit und ohne Beeinträchtigungen gibt es in Ihrer Stadt?
- Stehen im Stadtgebiet/ in der Gemeinde genug Räume zur gemeinsamen Freizeitgestaltung bereit?
- Welche Partizipationshemmnisse einerseits und Entwicklungspotenziale andererseits sehen Sie hier vor Ort?
- Können Sie konkrete Exklusionsmechanismen in der hiesigen Kinder- und Jugendarbeit feststellen?

- Was können und wollen Sie tun, um behindernde Strukturen nachhaltig zu überwinden?

Schwule, lesbische und bisexuelle Jugendliche

Schwule, lesbische und bisexuelle Jugendliche wachsen wie selbstverständlich in einer Gesellschaft auf, in der heterosexuelle Beziehungen die Norm sind. Neben allen Herausforderungen, die das Jugendalter ohnehin mit sich bringt, müssen sich junge Lesben und Schwule außerdem mit ihrem sexuellen „Sosein“ auseinandersetzen. Da Homosexuelle immer noch nicht in die Gesellschaft integriert sind, müssen gleichgeschlechtlich orientierte Jugendliche häufig mit Ablehnung, Diskriminierung und Ausgrenzung rechnen. Dies gilt sowohl im schulischen und/oder beruflichen Umfeld, als auch im privaten Bereich, von Eltern, Familie und/oder FreundInnen.

- Welche Angebote gibt es vor Ort, die sich ausdrücklich an die Zielgruppe richten?
- Wie macht sich Ihre Partei dafür stark, gleichgeschlechtliche und bisexuelle Jugendliche am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen?

Junge Flüchtlinge

In den meisten Gemeinden von NRW leben Kinder und Jugendliche, die hierhin mit oder ohne ihre Familie geflüchtet sind. Sie kommen aus Afghanistan, Syrien und vielen anderen Krisenregionen. Die Aufnahme und der Schutz sind für sie essentiell, aber sie erleiden auch Diskriminierung und Benachteiligung, da ihre (Kinder-)Rechte beschnitten werden. Unter den geflüchteten Kindern und Jugendlichen bedarf die Gruppe der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF) besonders des staatlichen Schutzes und der Förderung. Über den gesetzlich vorgeschriebenen „Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen“ hat das Jugendministerium zusammen mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales sowie den Landschaftsverbänden eine Handreichung für die kommunale Praxis im März 2013 vorgelegt.

- Wie werden Sie sich für die Erfüllung und Einhaltung der Kinderrechte für Flüchtlingskinder und -jugendliche einsetzen?
- Wie wird in Ihrer Kommune mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Einzelnen umgegangen?